

**Der Grosse Rat      Le Grand Conseil  
des Kantons Bern    du canton de Berne**

Mittwoch (Vormittag), 4. September 2019 / Mercredi matin, 4 septembre 2019

**Gesundheits- und Fürsorgedirektion / Direction de la santé publique et de la prévoyance sociale**

**31      2019.RRGR.166      Motion 130-2019 Junker Burkhard (Lyss, SP)  
Einstellung von 5 Mio. Franken im Budget 2020 zur Finanzierung von Massnahmen zur Integration von Sozialhilfebeziehenden in den Arbeitsmarkt und in Tagesstrukturen**

**31      2019.RRGR.166      Motion 130-2019 Junker Burkhard (Lyss, PS)  
Inscription de 5 millions de francs au budget 2020 pour financer des mesures d'insertion en faveur de bénéficiaires de l'aide sociale**

**Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident.** Wir kommen zum Traktandum 31, einer Motion von Frau Junker Burkhard und Mitunterzeichnenden: «Einstellung von 5 Mio. Franken im Budget 2020 zur Finanzierung von Massnahmen zur Integration von Sozialhilfebeziehenden in den Arbeitsmarkt und in Tagesstrukturen». Das Wort geht an die Motionärin, Margrit Junker Burkhard.

**Margrit Junker Burkhard, Lyss (SP).** Ich danke für die Beantwortung der Motion. Es überrascht wohl niemanden, dass ich mit der Beantwortung und mit dem Antrag überhaupt nicht zufrieden bin. Im Vorfeld der Abstimmung waren noch 5 Mio. Franken notwendig, um die Integrationsmassnahmen mit Anreizleistungen zu finanzieren, und nach der Abstimmung sollen diese Massnahmen auch ohne Geld realisiert werden. Dies bezweifle ich sehr.

Es wird unumgänglich sein, den Arbeitgebenden, vor allem den KMU, mindestens einen Coach zur Verfügung zu stellen und sicherzustellen, dass sie keinen zusätzlichen finanziellen Aufwand haben. Der Präsident der KMU Kanton Bern äusserte sich direkt nach der Abstimmung in den Medien dezidiert in dieser Richtung und hatte überhaupt kein Verständnis, dass das Geld jetzt plötzlich nicht im Budget des Kantons Bern eingestellt wird. Wir alle wissen, dass wir langfristig in der Sozialhilfe nur Geld sparen können, wenn die Integration in den Arbeitsmarkt oder in eine Tagesstruktur erfolgreich ist. Es geht hier nicht vorwiegend um Geld, das den Sozialhilfebeziehenden zugutekommt, sondern es geht darum, mit den Arbeitgebenden Konditionen auszuhandeln, damit sie bereit sind, die Sozialhilfebeziehenden in ihren Arbeitsprozess zu integrieren. Ich bin überzeugt, dass es dazu für die GEF einen finanziellen Spielraum braucht. Da Regierungsrat Schnegg im Vorfeld der Abstimmung glaubhaft versicherte, er wolle 5 Mio. Franken einstellen, um diese Integrationsmassnahmen zu verwirklichen, gehe ich davon aus, dass der Punkt 2 unserer Motion wahrscheinlich bereits erfüllt ist. Denn ich gehe davon aus, dass er nicht einfach aus dem hohlen Bauch heraus sagte: «Ich brauche 5 Mio. Franken für diesen Massnahmenplan», sondern dass bereits erste Vorkehrungen getroffen wurden. Aus diesem Grund sind wir Motionärinnen und Motionäre auch auf diese 5 Mio. Franken gekommen. Wir gehen davon aus, dass dies von der GEF fundiert daherkam. Ich bitte Sie also, den Punkt 1 als Motion zu unterstützen. Den Punkt 2 wandeln wir in ein Postulat. Ich danke Ihnen für die Unterstützung.

**Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident.** Von den Mitmotionierenden will niemand sprechen. Wir kommen zu den Fraktionen. Als Erste, für die glp, Grossrätin Barbara Mühlheim.

**Barbara Mühlheim, Bern (glp).** Was geben wir heute im Bereich Integration, Arbeitsintegration, Beschäftigungsprogramme überhaupt aus? – Wir haben im Bereich GEF, Plätze der Beschäftigungs- und Integrationsangebote in der Sozialhilfe (BIAS-Plätze), ungefähr 30 Mio. Franken, die wir jährlich ausgeben. Dies hat man jetzt noch gerade aufgestockt, weil wir in Anbetracht der Flüchtlingswelle, die wir hatten, jetzt nach fünf bis sieben Jahren vermehrt Leute in die Gemeinden reinkommen, und man von daher einen höheren Bedarf hat. Wir haben gleichzeitig im Suchtbereich ungefähr 5 Mio. Franken zusätzlich, weil wir diese in die Arbeitsintegration schicken, und man darf nicht vergessen: Innerhalb der Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) haben wir noch einmal 50 Mio. Franken,

die wir reingeben. Also sind wir, alles zusammen genommen, bei 90 Mio. Franken, die wir in die Integration oder in die Beschäftigung in diesen Kanton Bern reinschicken. Das ist viel Geld. Ich sage nicht, dass wir unter Umständen 5 Mio. Franken mehr brauchen. Aber zuerst müssen wir gut schauen, wenn wir diese 90 Mio. Franken ausgeben. Wir haben hier drin nur im Bereich der 30 Mio. Franken Diskussionspunkte. Alle, die länger im Arbeitsbereich mit den BIAS-Arbeitsplätzen arbeiten, wissen, dass es dringend notwendig ist, eine Analyse zu machen. Weshalb? – Wir haben in der Zwischenzeit zu viel BIAS-Plätze, welche die Wirtschaft konkurrenzieren. Kolleginnen und Kollegen, ich habe selbst in diesem Bereich gearbeitet. Was meinen Sie eigentlich? – Da haben wir in den letzten Jahren Projekt um Projekt gemacht, bei denen Sozialdienste neu auf einmal ins Zügel und ins Reinigen von Wohnungen reingehen. Das ist im sogenannten niederschweligen Bereich. (*Kurzer Unterbuch infolge eines technischen Problems. / Courte interruption à cause d'un problème technique.*) ... Gut, denn da können Sie auch schwache Leute brauchen.

Aber in der Zwischenzeit weiss ich, dass x privatwirtschaftliche Unternehmen murren, weil diese natürlich im gleichen Segment und auch mit tendenziell eher schwächeren Leuten und Ausländerinnen und Ausländern arbeiten. Wir müssen analysieren, damit wir dort nicht kontraproduktiv werden. Wir haben einen weiteren Punkt von fehlenden oder falschen Anreizen, dass Leute, die längstens in die Privatwirtschaft raus könnten, in den BIAS-Plätzen bleiben, weil es finanztechnisch sinnvoller ist, volle Plätze zu haben. Es wird sehr viel Gutes gemacht. Aber, Kolleginnen und Kollegen, wir haben insbesondere Handlungsbedarf im Bereich Teillohnsysteme. Wir müssen also, das ist die Tendenz, die Privatwirtschaft mehr finanzieren, um schlussendlich die Leute, die nicht mehr ein volles Pensum haben können, in der Privatwirtschaft quer zu finanzieren. Bevor wir hier keine saubere Anlage haben und wissen, ob nicht die bestehenden Gelder längstens reichen ... Für diese Fragestellungen und die neuen Tendenzen in Teillohnsystemen, bei denen man mit den Pilotprojekten eigentlich gute Erfahrungen damit hat, umzufinanzieren, braucht es nicht neues Geld.

Aus diesem Grund wird die glp den Punkt 1 nicht unterstützen. Zum Punkt 2 sagt die Regierung Ja als Postulat. Wir unterstützen vollumfänglich die Haltung der Regierung. Ich habe mit meiner Fraktion nicht diskutiert. Falls man hier nicht bereit ist, in ein Postulat zu wandeln, finde ich, kann man sehr wohl diesen Punkt 2 aufgrund meiner Argumente eigentlich auch als Motion unterschreiben. Es braucht eine Analyse, es braucht einen Massnahmenplan in dem Sinn, den ich genannt habe: mehr in die erste Wirtschaft, dort Teillohnsysteme zu unterstützen. Aber wir müssen mit dem Zurverfügungstellen neuer Mittel warten. Wir brauchen mehr Vernetzung mit dem RAV, und insbesondere brauchen wir mehr Analyse, ob wir bis jetzt das Gelbe vom Ei haben, mit der Art und Weise, wie die BIAS-Plätze durchgeführt werden. In diesem Sinn unterstützen wir eigentlich die Strategie der Regierung vollumfänglich.

**Hans-Peter Kohler, Spiegel b. Bern (FDP).** Ich kann es kurz machen. Was die Integration angeht, sind wir uns wohl alle darin einig, dass das etwas Wichtiges ist. Deshalb: Annahme von Ziffer 2 als Postulat. Die Regierung ist da ja auch dran. Das ist auch die Meinung der FDP-Fraktion.

Den Punkt 1 lehnt die FDP-Fraktion klar ab, aus einem simplen Grund. Es ist klar. Im Vorfeld der Abstimmung über das Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz, SHG) wurde vonseiten Regierungsrat deklariert, dass, wenn die Gesetzesänderung angenommen wird, diese Sparmassnahmen nachher durchgeführt werden und man daher diese 5 Mio. Franken brauchen werde. Wir wissen, wie die Abstimmung ausging. Jetzt kann man nicht gut von Regierungsrat Schnegg verlangen, dass er eine Schublade seines Pultes öffnet und dort die 5 Mio. Franken parat hat. Das ist die Konsequenz dieser Abstimmung. Deshalb lehnt die FDP-Fraktion die Ziffer 1 klar ab.

**Haşim Sancar, Bern (Grüne).** Die Abstimmung über die Sozialhilfe ist vorbei. Es hat uns sehr gefreut, dass die vorgeschlagenen Kürzungen abgelehnt wurden. Wir verstehen natürlich schon, dass das Resultat dem Regierungsrat überhaupt nicht gefallen hat. Doch aus unserer Sicht ist das Resultat richtig und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und für das Wohlergehen aller wichtig. Nun ist die Abstimmung vorbei, und wir müssen vorwärtsschauen, mit der Frage, wie wir einen möglichst grossen Teil der Sozialhilfebeziehenden in den Arbeitsmarkt integrieren können. Die dafür vorgeschlagenen Investitionen von 5 Mio. Franken wurden sowohl von der Regierung als auch von der Opposition befürwortet.

Es ist eigentlich eine Seltenheit, dass zwei sich bekämpfende Vorlagen eine Gemeinsamkeit haben. Auch in diesem Saal waren diese Investitionen für die Zukunft unumstritten. Ich bin überzeugt, dass dieses Anliegen auch in der Bevölkerung annähernd 100 Prozent Zustimmung finden würde. Umso enttäuschender ist die Haltung des Regierungsrates. Warum ist er von diesen Investitionen für die

Integration der Sozialhilfebeziehenden in den Arbeitsmarkt nicht voll überzeugt? Was stört ihn eigentlich daran? – Wie erwähnt: Die Abstimmung ist vorbei. Jetzt braucht es Versöhnung in dieser Sache und eine friedliche Zusammenarbeit in diesem Saal. Erst so können wir zukunftsorientiert weitermachen. Bitte jetzt nicht zurück auf Feld eins, wie der nächste Vorstoss (*M 131-2019*) dies verlangt. Wir haben alles schon durchgespielt, Bonus-Malus-System, Testarbeitsplätze und anders mehr. Heute sind wir an einem Punkt angelangt, wo sich in der Sozialarbeit die Sozialdienste fast nur noch mit der Budgetverwaltung und administrativen Abläufen herumschlagen. Dies als Folge zunehmender Forderungen der Politik. Sozialarbeit bedeutet etwas anders. Sie sollte und muss die Integration der Sozialhilfebeziehenden in verschiedenen Lebensbereichen ermöglichen. Leider fehlen heute oft die Ressourcen für eine wirksame Sozialhilfe. Wenn wir gezielt mehr Menschen in den Arbeitsmarkt integrieren möchten, dann müssen wir entsprechende Ressourcen zur Verfügung stellen.

Mit den momentan vorhandenen Ressourcen können unsere Erwartungen schlicht nicht erfüllt werden. Uns Grünen geht es nicht um neue Stellen in der sozialen Arbeit, sondern darum, dass am richtigen Ort und zielgerichtet investiert wird, das heisst, dass die Integration in den Arbeitsmarkt mit entsprechenden Massnahmen möglichst gut gelingt. Arbeitsintegration ist eine komplexe Aufgabe, auch vor dem Hintergrund der Tatsache, dass sich der Arbeitsmarkt nicht gerade zum Vorteil dieses Prozesses entwickelt. Im Gegenteil: Mögliche Arbeitsplätze sind eher rar und werden weniger. Hier geht es nicht um eine einfache Milchbüchleinrechnung. Dass es sich aber auf jeden Fall lohnt, hier zu investieren, wird bald klar. Denn mit jeder jungen Person, die in den Arbeitsmarkt integriert wird, sparen wir über 1 Mio. Franken, über die ganze Zeit ihres produktiven Alters, zuzüglich der Steuereinnahmen des Einkommens dieser Person. Wir haben die Wahl. Um die Arbeitsintegration der arbeitsfähigen Sozialhilfebeziehenden zu ermöglichen, braucht es neben Massnahmen auch Ressourcen. Deshalb bittet die grüne Fraktion um die Unterstützung der Motion in diesen beiden Punkten.

**Christine Schnegg, Lyss (EVP).** Die Fraktion EVP wird dieser Motion in Punkt 1 zustimmen und den Punkt 2, so wie auch von der Motionärin und vom Regierungsrat vorgeschlagen, als Postulat unterstützen. Wir anerkennen die Bemühungen und den eingeschlagenen Weg im Integrationsbereich und sind froh, dass dort schon viel investiert wurde und dass das Ziel sein soll, Menschen möglichst rasch und nachhaltig wieder ins Erwerbsleben einzugliedern. Das soll nach wie vor eine hohe Priorität haben. Wir sind aber im Gegensatz zum Regierungsrat der Meinung, dass für diese angestrebte Integration auch noch ein wenig mehr Geld investiert werden darf. Es braucht Unterstützung für die Wirtschaft und eben gerade für die Menschen, die etwas schwächer sind, dass die Wirtschaft unterstützt wird, wenn sie diese wieder bei sich integrieren möchten. Es braucht auch Aus- und Weiterbildung für die Sozialhilfebeziehenden, damit sie auf dem Arbeitsmarkt eine Chance haben. Wir denken auch, dass eine engmaschigere Begleitung durch die fallführenden Sozialarbeitenden eher zum Ziel führte und es vielleicht sinnvoll wäre, auch noch einmal darüber nachzudenken, Menschen etwas engmaschiger begleiten zu können. Im Weiteren sind wir auch überzeugt, dass soziale Integration durch die Sicherung einer Tagesstruktur und durch eine Beschäftigung eine kostendämmende Wirkung hat.

Ich bin selbst Stiftungsrätin einer Stiftung, welche Menschen, die langzeitarbeitslos waren, im zweiten Arbeitsmarkt beschäftigt. Wir haben einfach die Erfahrung gemacht, dass durch ein Training in einer Tagesstruktur, durch eine engmaschige Begleitung, durch eine Bewerbungswerkstatt, bei der man mit diesen Menschen wirklich intensiv daran ist, sich um Wiedereingliederung zu bemühen, dies auch gelingt, effektiv. Letztes Jahr konnten wir mit den 50 Plätzen, die wir zur Verfügung haben, über 30 Menschen wieder in den ersten Arbeitsmarkt integrieren. Das kostet schlussendlich weniger, als wenn sie noch länger von der Sozialhilfe abhängig sind. Der Arbeitsalltag auf den Sozialdiensten zeigt auch, dass durch Menschen, die beschäftigt sind, die eine Arbeit haben, weniger Krankheitskosten entstehen und dass zum Beispiel Familiensysteme stabilisiert werden können, wenn sie eben eine Beschäftigung haben. Es braucht nach wie vor Plätze, und wir sind der Meinung, dass das etwas kostet und uns auch noch etwas mehr kosten darf. Ich sage es noch einmal: Diese Gelder sind ja nicht à fonds perdu, sondern mit jeder Person, die von der Sozialhilfe abgelöst wird, werden Kosten eingespart. Das sollte doch unser höchstes Ziel sein.

Hinzu kommt, dass es für die psychische und physische Gesundheit einer integrierten Person unheimlich wichtig ist, dass sie wieder arbeiten und selbstständig für den Lebensunterhalt sorgen kann. Ich hoffe, dass die Mehrheit hier ebenfalls davon überzeugt ist, dass die geschilderten Zusammenhänge nur einen Entscheid zulassen – nämlich Zustimmung zu den zusätzlichen 5 Mio. Franken im Budget, die uns im Endeffekt Geld zu sparen helfen.

**Anita Herren-Bauen, Rosshäusern (BDP).** Diese Motion verlangt, 5 Mio. Franken zusätzlich für die Sozialhilfe im Budget aufzunehmen. Die Motionäre schreiben in der Begründung richtig, dies sei im Vorfeld zur Abstimmung vom 19. Mai so vorgesehen gewesen. Bekanntlich wurde aber das ganze Vorhaben der Sozialhilfe vom Stimmbürger abgelehnt. Für die BDP ist die Integration von Sozialhilfeempfängern wichtig und richtig. Sie findet auch bereits statt, darf aber, wie es in der abgelehnten Vorlage angedacht war, auch noch intensiviert werden. Wir unterstützen es aber nicht, einfach für das Jahr 2020 zusätzlich Geld sprechen. Diese Forderung ist in Zusammenhang mit einer möglichen zukünftigen Revision zu verfolgen.

Zum zweiten Punkt, der Forderung nach einem Massnahmenplan zur Förderung der Integration. Da teilen wir die Einschätzung und den Plan des Regierungsrates: nicht einen Supplement-Bericht, aber auch hier in die laufenden und zukünftigen Arbeiten einfließen lassen. Die Haltung der BDP ist also wie jene der Regierung. Den Punkt 1, 5 Mio. Franken ins Budget, lehnen wir ab. Dem Punkt 2, Massnahmenplan, als Postulat, stimmen wir einstimmig zu.

**Stefan Hofer, Bern (SVP).** Ich kann es relativ kurz machen. Die Teilrevision des SHG sowie der Volksvorschlag wurden bekanntlich am 19. Mai vom Berner Stimmbolk abgelehnt. Die SVP-Fraktion hat zur Kenntnis genommen, dass mit dieser Motion vom 2. Juni der linken Seite der Volksentscheid eigentlich egal ist. Zur Forderung nach mehr Geld für die Integration im Sozialwesen hat das Berner Stimmbolk nämlich Nein gesagt. Für uns ist aus diesem Grund die Motion nicht zielführend, und wir lehnen sie ab. Dem Punkt 2, der in ein Postulat gewandelt ist, wonach ein Prüfungsbericht gemacht werden kann, wird rund die Hälfte unserer Partei zustimmen. Die andere Hälfte erachtet auch eine Prüfung als überflüssig.

**Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident.** Für die Fraktion SP-JUSO-PSA, Stefan Jordi.

**Stefan Jordi, Bern (SP).** Es wurde erwähnt – was hat das Berner Stimmbolk am 19. Mai beschlossen? – Es lehnte unter anderem Kürzungen im Grundbedarf ab. Es wollte vielleicht in der Schweiz keinen Sonderzug fahren. Die Ratsmehrheit hier drin wollte mit diesen Kürzungen einen Teil dieser Kürzungen in den Integrationsbereich investieren. Das war die Ausgangslage. Damals sahen alle, inklusive Regierung, dort auch Handlungsbedarf. Denn jede im Arbeitsmarkt voll oder teilweise integrierte Person ist gut und spart letztendlich auch Kosten im Sozialhilfebereich. Aus diesem Grund sind das gut investierte, sehr gut investierte Franken, die wir dort einsetzen. Darin sind sich eigentlich ja alle einig. Die Vorrednerinnen und Vorredner haben es gesagt. Das ist gut. Es erstaunt denn aber doch, dass trotz dieser Einigkeit der Regierungsrat noch am Wahlsonntag selbst Kürzungen in diesem Bereich ankündigte. Geschah dies vielleicht aus Trotz? – Ich will ihm das jetzt nicht unterstellen. Denn das wäre ein etwas sonderbares Regieren, und es entspricht eigentlich nicht dem, was man sich von einem Regierungsrat gewohnt sein sollte. Selbst der Regierungsrat sagt in seiner Antwort, dass das oberste Ziel die möglichst rasche und nachhaltige Eingliederung oder Wiedereingliederung von Sozialhilfebeziehenden ins Erwerbsleben ist. Das ist es natürlich auch. Dem können sicher alle zustimmen. Jetzt haben wir die Krux. So etwas gibt es eben nicht zum Nulltarif, sondern das kostet etwas. Deshalb braucht es, wie erwähnt wurde, diese Aufstockung. Es ist auch nicht extrem viel, es wäre aber dringend notwendig.

Vielleicht noch etwas anderes: Der Regierungsrat schreibt in seiner Antwort auch von sogenannten systemischen Anreizen. Das hat zumindest mich ein wenig hellhörig gemacht. Meint der Regierungsrat da wieder Kürzungsmöglichkeiten, die das Berner Stimmbolk eigentlich abgelehnt hat? – Wer die Integrationsbestrebungen ernst nimmt, wer diese wirklich ernst nimmt, muss nicht nur die Ziffer 2, die wir ja in ein Postulat umgewandelt haben, sondern eben auch die Ziffer 1 annehmen. Sonst besteht ein gut gemeinter Massnahmenplan, dem ja eigentlich alle meine Vorrednerinnen und Vorredner jetzt zugestimmt haben, der aber wegen mangelnder Finanzierung nicht vollständig umgesetzt werden kann. Das sieht eigentlich auch der Regierungsrat so. Aber er will hier die Konsequenzen nicht ziehen.

Vielleicht noch: Worum geht es eigentlich bei diesen Integrationsprogrammen? – Es geht eigentlich nicht, wie die Glp-Sprecherin gesagt hat, um Konkurrenzierung der Wirtschaft. Wenn man nämlich mit diesen Leuten spricht, tönt es zumindest bei jenen, mit denen ich spreche anders, als sie erwähnt hat. Es geht beispielsweise eben um Teillohnmodelle. Es geht um Unterstützungsangebote für Unternehmungen, welche Sozialhilfebeziehende beschäftigen möchten, oder eben, wie Christine Schnegg gesagt hat. Das ist ein gutes Beispiel. Um solche Dinge geht es. Wenn man mit diesen Leuten nämlich spricht, ist es sehr vernünftig, was dort passiert. Deshalb: Stimmen Sie diesem Punkt,

dieser Ziffer 1 zu, um diese 5 Mio. Franken ins Budget 2020 zu integrieren. Es macht aus unserer Sicht auch keinen Sinn, dies in ein Postulat zu wandeln. Denn es braucht dort die Aufstockung dieser Mittel wirklich. Danke, stimmen Sie diesem Punkt auch zu.

**Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident.** Wir kommen zum Schluss der Fraktionen. Für die EDU-Fraktion, Grossrat Schwarz.

**Jakob Schwarz, Adelboden (EDU).** Die Ausgangslage war im finanziellen Teil, in diesem Bereich, vor der Abstimmung ganz klar. Die GEF kommunizierte klar, dass im SHG, im einen Bereich, Geld freigespielt werden soll, also Geld eingespart werden soll, welches man auf der anderen Seite teilweise für die Integration wieder zur Verfügung stellen kann. Dieses SHG wurde abgelehnt. In diesem Sinne ist für unsere Fraktion klar, dass dieses Geld jetzt nicht vorhanden ist. Es wurde für diesen Bereich nicht freigespielt. Aus diesem Grund sind wir gegen eine Aufstockung. Wir werden deshalb den Punkt 1 ablehnen. Den Punkt 2 können wir als Postulat annehmen, so wie es der Regierungsrat vorschlägt.

**Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident.** Es haben sich keine Einzelsprechenden eingetragen. Die Motionärin verzichtet auf das Wort. Das Wort ist frei für den Gesundheitsdirektor.

**Pierre Alain Schnegg, directeur de la santé publique et de la prévoyance sociale.** Tout d'abord, j'aimerais relever que lors de la votation sur la révision partielle de la loi sur l'aide sociale, tant le projet populaire, que la proposition du Grand Conseil ont été refusés. La proposition du Grand Conseil prévoyait justement de remettre une partie des fonds économisés par les réductions à disposition de l'insertion professionnelle. La révision partielle permettait également d'avoir toute une série d'incitatifs. D'incitatifs pour les personnes à se réinsérer. Suite à la décision populaire, il est bien clair que ces incitatifs, nous ne les avons pas. De mettre cinq millions de francs supplémentaires à disposition du système, sans avoir pu revoir le système d'intégration et d'insertion, n'apportera certainement pas les résultats escomptés. C'est d'ailleurs pour cette raison-là que ma Direction, en collaboration avec des services d'autres Directions, travaille sur une refonte du mécanisme de l'intégration. Une fois ces mécanismes remis en place, c'est bien volontiers que nous viendrons – ou même très certainement – que nous reviendrons vers vous pour obtenir les fonds nécessaires de manière à atteindre les résultats que nous nous sommes fixés.

C'est pourquoi le gouvernement est prêt à accepter le point 2 sous forme de postulat, parce que cela va exactement dans la direction dans laquelle nous travaillons. C'est-à-dire, revoir comment nous voulons travailler au niveau de la réinsertion, comment nous voulons motiver les personnes, comment nous voulons motiver nos partenaires, de manière à ce que nous puissions augmenter l'efficacité de ce travail. Une fois cette analyse faite, et bien en découlera les besoins financiers, et il est bien clair qu'à ce moment-là, nous mettrons ces besoins financiers au niveau du budget.

Si toutefois vous deviez vous montrer généreux aujourd'hui en nous accordant ces cinq millions de francs, ma Direction utilisera ces cinq millions pour des nouveaux projets avec très certainement de nouvelles structures, de manière à pouvoir tester également un certain nombre d'idées. Dans tous les cas, je vous invite à soutenir la proposition du gouvernement, à savoir un postulat pour le point 2, et un rejet du point 1.

**Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident.** Wir kommen zur Abstimmung. Wir gehen punktweise vor; Sie haben es gehört: Punkt 1 in Form der Motion, Punkt 2 als Postulat. Wer den Punkt 1 annehmen will, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2019.RRGR.166; Ziff. 1)

Vote (Affaire 2019.RRGR.166 ; ch. 1)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 64

Nein / Non 90

Enthalten / Abstentions 0

**Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident.** Sie haben den Punkt 1 abgelehnt, mit 90 zu 64 Stimmen bei 0 Enthaltungen.

Wer den Punkt 2 als Postulat annehmen will, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2019.RRGR.166; Ziff. 2 als Postulat)

Vote (Affaire 2019.RRGR.166 ; ch. 2 sous forme de postulat)

---

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 150

Nein / Non 4

Enthalten / Abstentions 0

**Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident.** Sie haben den Punkt 2 als Postulat angenommen, mit 150 Ja- zu 4 Nein-Stimmen.

Die Ratsführung geht zurück an den frisch gestärkten Grossratspräsidenten.

*Der Präsident, Hannes Zaugg-Graf, übernimmt wieder den Vorsitz. / Le président Hannes Zaugg-Graf reprend la direction des délibérations.*